

- 9 APR 1963
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P./XVIII/69

Bonn, den 9. April 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Osterfest und Politik

89

Von Pfarrer Rudolf Kaffka, MdB

3

Pariser Zwischenakt

22

Es geht um die Entkrampfung der westlichen Politik

3

Milliardenrausch

25

Der Haushalt platzt aus allen Nähten

4 - 5

Bei Opel und Farbwerke Höchst

58

Vertrauen zu demokratisch zuverlässigen Belegschaftsvertretern

Von Fritz Zschiesche

Betriebspolitischer Referent beim Vorstand der SPD

6 - 7

Appell an das pädagogische Gewissen

92

Zur jüngsten Empfehlung des Deutschen Ausschusses für
das Erziehungs- und Bildungswesen

Von Klaus Helfer

Chefredakteur Günter Markscheffel

Osterfest und Politik

Von Pfarrer Rudolf Kafka, MdB

Muß denn - alle Jahre wieder - aus Anlass dieses oder jenes christlichen Festes ein Leitartikel geschrieben werden, in welchem eine so oder so geartete Verbindung zwischen Christentum und Politik postuliert wird? Der Unwille über die Christianisierung der Politik oder über die Politisierung des Christenglaubens nimmt zu. Mit Recht!

Es dient dem Staat wie der Kirche, wenn man fein säuberlich zwischen beiden Bereichen trennt, selbst wenn die deutsche Vergangenheit und auch die Gegenwart sehr oft das Gegenteil aufgewiesen hat und aufweist. Andererseits wird jeder Einsichtige zugeben müssen, daß neben der scharfen Trennung von Kirche und Staat, christlicher Glaube und politische Entscheidung des einzelnen Staatsbürgers eben nicht zu trennen sind. In der Politik geht es um den Versuch des Menschen, sein Zusammenleben mit anderen Menschen zu gestalten; der Christenglaube befreit vom Vorurteil, vom Egoismus und zwingt zu einem von der Liebe zum Mitmenschen bestimmten Verhalten, wenn er wirklicher Glaube ist.

* * *

Damit sind wir beim Thema. Wirklicher Glaube ist Osterglaube, ist Auferstehungsglaube. Klargestellt sei, daß Ostern nicht mit irgendeinem Frühlingsfest verwechselt werden darf, an dem sich das "Werde" eines ewigen "SEIEN UND WERDEN" erfüllt, wobei das Symbol des Ostereies auf eine nie versiegende Fruchtbarkeitweisend die Gemüter mit tröstlicher Hoffnung erfüllen soll.

Ostern kann immer nur bedeuten: "Christ ist erstanden".

Diese Nachricht, daß der gekreuzigte Jesus nicht bei den Toten zu suchen und sein Grab leer, er vielmehr lebendig und wirksam sei, erfüllt den Sinn des Osterfestes. Aber von dieser Nachricht bis zur jubelnden Antwort: "Ja, er ist wahrhaftig auferstanden", ist ein weiter Weg.

Schon die Jünger Jesu wiesen zuerst die Mitteilung, daß er lebe, zurück als Weibergeschwätz, und so ist es bis zum heutigen Tag geblieben. Die Osterbotschaft läßt sich nicht "beweisen" und ist ganz und gar unglaublich, der menschlichen Vorstellungswelt ärgerlich und dem Verstande lächerlich.

Das sieht man wohl, spricht es aber nicht aus, denn das Christentum lebt in der Bundesrepublik unter einer Art Naturschutz. Man lebt in der Konvention, die ein altes, würdiges Dogma zur Kenntnis nimmt, dieses offen zu bezweifeln, aber nicht wagt, zum Schaden der Kirchen und zum Schaden des geistigen Klimas in unserem Lande. Genausowenig wie man wagt, offen zu zweifeln, wagt man, offen zu bekennen: "Jesus lebt!"

* * *

So kommt es, daß der Christenglaube weithin verwechselt wird mit herkömmlicher Moral, steril bleibt und wenig hilfreich ist. Denn, wenn einer glauben lernt, daß Christus auferstanden ist, öffnet sich

seine Zukunft, und die von der Todesangst bestimmte Hoffnungslosigkeit wird weggewischt. Die Resignation, die sich mit einem zum Tode führenden Leben abgefunden hat, verwandelt sich in Freude auch im schwierigen Dasein; der Mensch wird wirklich frei, dem Leben als ein anderer wiedergeschenkt.

Wenn Thomas Mann schreibt, daß man in der Liebe der Güte willen dem Gedanken an den Tod keine Macht einräumen dürfe, hat er mit dieser Forderung nur recht, erfüllt und eingelöst werden kann sie jedoch erst, wenn man zu glauben vermag, daß Christus dem Tode die Macht genommen hat.

Der Glaube an den Auferstandenen ist die dem Christentum gegebene Kraft, die Zeiten und Räume überwindet und den Einzelnen Jesus gegenüberstellt, wodurch dieser nicht mehr ein Vorbild unerreicher Idealität ist, in Wolkenfernen schwebend, sondern er begegnet uns als Bruder, der dem Menschen nahe ist. So, wie P. Gerhard naiv singt: "Er reiset durch den Tod, durch Welt, durch Sünd', durch Not, er reiset durch die Hölle', er ist stets mein Gesell'".

* * *

Der Mensch, der aber von Jesus Christus sagen kann, "er ist stets mein Gesell'", wird sich in seinem Dasein nicht zurückziehen können in einen frommen Bezirk abseits der "bösen und sündigen Welt", noch wird er sich für besser halten dürfen als jene, die nicht glauben. Vielmehr wird er sich mitten in die Welt gestellt sehen und genötigt, das Zusammenleben der Menschen mitzugestalten.

Und da beginnt das politische Handeln, das allerdings in bestimmter Weise geprägt sein wird, ganz gewiß nicht konservativ und obrigkeitstaatslich, wie sehr auch die Leitbilder vergangener Jahrzehnte noch wirken mögen. Er wird sein politisches Verhalten auch nicht abstempeln können als Handeln aus christlicher Verantwortung, ja er wird sich des Wortes "christlich" zur Bezeichnung seiner politischen Entscheidung überhaupt enthalten müssen, weil dies leicht zur ideologischen Verkrampfung führen kann und der Unwahrhaftigkeit Vorschub leistet. Wie es ja dem Menschen, der um die Gegenwart Jesu Christi weiß, überhaupt nicht mehr um politische Entfaltung bestimmter Ideen gehen kann, mögen sie nun "christliches Abendland", "Weltrevolution" oder sonstwie heißen.

* * *

Es kann ihm allein um den Mitmenschen gehen, um dessen Bewegungsfreiheit in geistiger und materieller Hinsicht, die überflüssigen Leiden, die durch Krieg, Hunger, Arbeitslosigkeit, Konzentrationslager und Deportation über den Menschen unserer Tage gekommen sind. Das alles wurde bewirkt durch schlechte Politik, die dieser oder jener Idee erlag und den Menschen und seine Bedürfnisse aus dem Auge verlor.

Der Osterglaube zwingt uns von der Idee weg auf den Menschen zu sehen und nötigt uns zur Mühe um gute Politik, der es allein um den Menschen ohne Ansehen der Person, der Rasse oder Klasse zu gehen hat, denn Jesu Christi, der Auferstandene, ist gekommen, zu retten, was verloren war.

+ * +

Pariser Zwischenakt

sp - Die Pariser Konferenzserie dieser Woche, die zahlreichen und zum Teil sogar überraschend angesetzten Besprechungen zwischen amerikanischen, britischen, französischen und deutschen Diplomaten bieten - außer der SEATO-Konferenz - ein Bild höchster Aktivität. Es ist schwer, die einzelnen bei diesen Konferenzen und Besprechungen angepeilten Ziele jetzt schon klar zu erkennen. Im wesentlichen dürfte es sich aber darum handeln, die seit den gescheiterten Verhandlungen über die Aufnahme Großbritanniens in die EWG ohne Zweifel eingetretene Vorkrämpfung der Beziehungen westlicher Staaten untereinander wieder zu lockern. Hierbei dürfte es weniger darauf ankommen, ob man morgen oder übermorgen sagen kann, diese Seite habe "zugegeben", jene "abgegeben", als vielmehr auf die Tatsache, daß man überhaupt wieder miteinander sachlich spricht. Das war nämlich in den vergangenen Wochen und Monaten leider nicht der Fall. Mancher hörbare Vorwurf drohte den Westen zu schwächen und Moskau zu stärken. Wenn es in dieser Vorosterwoche möglich sein sollte, das Terrain wieder so zu bereinigen, daß der Westen als eine Einheit auftritt, ist schon viel gewonnen. Daß auch die Bundesrepublik durch ihren Außenminister in diese Gespräche eingeschaltet wird, ist nur zu begrüßen. Hoffentlich gelingt es bei dieser Gelegenheit, jene peinliche Situation aus der Welt zu schaffen, in der es wegen des deutsch-französischen Sondervertrages den Anschein hatte, als müsse sich Bonn zwischen Paris und Washington entscheiden.

+ + +

Milliardenrausch

sp - Die Ankündigung des Bundesfinanzministers Dählgrün, die Bundesregierung werde für das Jahr 1964 die Erhöhung des Bundesanteils an der Einkommen-, Lohn- und Körperschaftsteuer auf 41,5 Prozent beantragen (jetzt 35 Prozent) dürfte wohl der gegenwärtigen Auseinandersetzung zwischen Bund und Ländern über die Verteilung des Steueraufkommens nicht gerade förderlich sein. Dählgrün schätzt die zu erwartenden Mehrausgaben für das Jahr 1964 auf etwa sechs Milliarden DM, was einer fast 10prozentigen Erhöhung des jetzigen Haushaltes entspräche - eine Riesensumme, mit der der normale Bundesbürger wohl kaum noch etwas anzufangen weiß. Die geplante Erhöhung übersteigt weit den zu erwartenden Zuwachs des Sozialproduktes. Wie stellt sich der Bundesfinanzminister die durch Gesetz vorgeschriebene Deckung vor? Wie gebannt starrt er auf die Länderkassen. Aber wird dieses anscheinend einfache Rezept genügen? Ein erbitterter Widerstand der Länder ist zu erwarten. Ein Mehranfall geht schließlich auf Kosten ihrer Aufgaben und auch auf Kosten der unterstützungsbedürftigeren Gemeinden. Für das Wohl des Bürgers haben ja auch Länder und Gemeinden zu sorgen, und wer nachliest, was der Deutsche Städtetag allein für die nächsten Jahre an Investitionen für notwendig hält, muß fragen, wie sich all das zusammenreimen läßt. Immer mehr verstärkt sich der Eindruck, die jetzige Bundesregierung läßt einfach die Zügel schleifen, außerdem mangelt es ihr an Stil. Schon im vergangenen Jahr waren ständige Konsultationen zwischen dem Bundesfinanzminister und seinen Kollegen aus den Ländern vorgesehen - sie sind aus nicht ersichtlichen Gründen unterblieben. Das muß verbitternd wirken und das Klima zwischen Bund und Ländern verschärfen, nicht zum Vorteil für beide Seiten. Auch stellt sich die Frage, ob die Bundesregierung nicht manches aus wahlpolitischen Gründen verschweigt, was sie dem Steuerzahler eigentlich sagen müßte. Das heiße Eisen von Steuererhöhungen wird umgangen, obwohl sie sich vielleicht als letzter Ausweg einer Finanzmisere anbieten, für die die Bundesregierung die volle Verantwortung trägt.

+ + +

Bei Opel und Farbwerke Höchst

Vertrauen zu demokratisch zuverlässigen Belegschaftsvertretern

Von Fritz Zschesche

Betriebspolitischer Referent beim Vorstand der SPD

In den ersten Apriltagen wählten die beiden größten hessischen Großbetriebe ihre Betriebsräte. Die Ergebnisse dieser Betriebsrätewahlen sind deshalb politisch und gewerkschaftlich besonders interessant, weil sie unter völlig entgegengesetzten Voraussetzungen zustande kommen.

Im Opelwerk Rüsselsheim besteht seit 14 Jahren eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den sozialdemokratischen und christdemokratischen Betriebsräten. Diese hat als Basis das gemeinsame konsequente Bekenntnis zur Einheitsgewerkschaft. Allen von außen herangetragenen Spaltungsversuchen der CGD war dadurch von vornherein der Boden entzogen. Auch die Kommunisten konnten trotz aller von Pankow bereitwilligst gegebenen materiellen und propagandistischen Schützenhilfe seither keine ausschlaggebende Rolle mehr in diesem Betrieb spielen.

Diese von Sozialdemokraten und Christlichen Demokraten praktizierte Gemeinsamkeit bei der erfolgreichen Vertretung der betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessen der Belegschaft wurde von dieser bei jeder Wahl erneut honoriert. Besonders hoch rechnete man es den sozialdemokratischen Betriebsräten an, daß sie trotz ihrer starken Mehrheit immer zur Zusammenarbeit im Belegschaftsinteresse bereit waren, obwohl die hinter den Betriebsräten stehenden aktiven Betriebsgruppen beider Parteien sich in ihren politischen Bemühungen klar voneinander abgrenzten. Dadurch wurde die Behauptung von der angeblich so schädlichen "Politisierung der Betriebe" eindeutig widerlegt, zumal durch das Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte extremen Elementen jede Möglichkeit einer Einflußnahme auf das betriebliche Geschehen entzogen wurde.

Die 35.000 Beschäftigten der Opel-Belegschaft haben 32 IG Metall- und 3 DAG-Kandidaten ihr Vertrauen geschenkt. Darunter befinden sich 21 sozialdemokratische und 11 christdemokratische Betriebsräte. Der einzige Kommunist wurde in dieser einstigen KP-Hochburg erst an 17. Stelle gewählt.

Ganz anders war die Entwicklung in den Farbwerken Höchst. Hier war es der CDU-Betriebsgruppe unter Führung des CDU-Landtagsabgeordneten Fleckenstein bei den Betriebsrätewahlen 1961 erstmalig gelungen, eine sozialdemokratische Mehrheit im Betriebsrat zu verhindern. Aus parteipolitischer Engstirnigkeit und in eitler Überheblichkeit ließ sich Fleckenstein damals mit 13 gegen 12 Stimmen zum Betriebsratsvorsitzenden wählen und drängte die sozialdemokratischen Betriebsräte aus der betrieblichen Mitverantwortung.

Wie wenig die Belegschaft dieses undemokratische und parteiegoistische Verhalten einer CDU-Minderheit und ihrer Mitläufer und das daraus resultierende Versagen bei der Wahrnehmung der Belegschaftsinteressen schätzte, bekamen Fleckenstein und seine Gefolgsleute bei der jetzigen Wahl zu spüren. Obwohl er sich und seine Kandidaten großspurig unter der Parole "Die Belegschaft kennt sie und wählt sie" anpries, mußte er erleben, dass diese Belegschaft sie zwar kannte, aber gerade deswegen nicht mehr wählte. Sie folgte der Auffassung der sozialdemokratischen Betriebsgruppe, dass man für die bestmögliche Interessenvertretung eine Mannschaft befähigter und verlässlicher Betriebsräte brauche und deshalb keine von Blanks sozialpolitischen Vorstellungen angekränkelten CDU-Parteivertreter im Betriebsrat brauchen könne.

Und so brach das Verhängnis über Fleckenstein und seinesgleichen herein. Weder er noch ein anderer CDU-Kandidat erhielten das Vertrauen der Belegschaft, die stattdessen 19 Sozialdemokraten in den 25köpfigen Betriebsrat wählte. Gewerkschaftlich untergliedern sich die neugewählten 25 Betriebsräte in 19 Mitglieder der IG Chemie-Papier-Keramik und 6 DAG-Mitglieder.

Eine blamable Niederlage engstirniger CDU-Scharfmacher!

Appell an das pädagogische Gewissen

Von Klaus Helfer

Am 22. September 1953, dem Tag der feierlichen Konstituierung des "Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen" im Plenarsaal des Bundesrates stellte Bundespräsident Theodor Heuss die skeptische Frage, ob mit dieser Einrichtung nun "die ganz neue große Bundeslokomotive geschaffen sei, der die Strecke freigegeben ist zur stürmischen Fahrt in die Länderbereiche", oder ob sie zu einem Güterzug werde "mit interessanten Problemen, der auf einem Abstellgleis placiert wird, wo er weiter niemanden stört".

Auch im zehnten Jahr seines Bestehens ist die Antwort auf diese Frage nicht eindeutig zu geben. Leider mußten wir in dieser ganzen Zeit mit Bitternis registrieren, daß sich die hohen Erwartungen, die von der kulturpolitischen Öffentlichkeit an dieses von Bund und Ländern gemeinsam geschaffene Gremium ausgewählter Persönlichkeiten unseres pädagogischen Lebens geknüpft wurden, nur zum geringsten Teil erfüllten.

* * *

Dies ist freilich nicht den Männern und Frauen anzulasten, die sich unter großen persönlichen Opfern tatsächlich als das "pädagogische Gewissen der Nation" bewährt haben, wie Walter Dirks damals ihre Auffassung von der Berufung in dieses Ehrenamt kennzeichnete. In der langen Reihe ihrer Empfehlungen, Erklärungen, Gutachten und Stellungnahmen, mit denen sie entsprechend ihrem Auftrag "vom Wohle der Gesamtheit her die Entwicklung des deutschen Erziehungs- und Bildungswesens zu fördern" suchten, sind die Warnungen und Mahnungen eines von hohem Verantwortungsbewußtsein getragenen pädagogischen Gewissens immer wieder deutlich geworden. Auch ist es ihnen gelungen, die Diskussion über Erziehungsfragen selbst in die Bezirke unseres gesellschaftlichen und staatlichen Lebens hineinzutragen, die dies bislang als alleinige Angelegenheit von Schulmeistern ansahen. Wenn dennoch die wesentlichsten Vorschläge des Deutschen Ausschusses - vor allem sein "Rahmenplan zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens" - bis heute Papier blieben, so fällt die Verantwortung dafür ausschliesslich auf jene zu ihrer Verwirklichung aufgerufenen Kulturpolitiker in den Bundesländern, deren Haltung nicht in erster Linie von der Rücksicht auf das "pädagogische Gewissen" bestimmt wird.

* * *

So ist es nicht verwunderlich, wenn die in der neusten Folge seiner "Empfehlungen und Gutachten" veröffentlichte Stellungnahme des Deutschen Ausschusses zur religiösen Erziehung und Bildung in den Schulen von der Öffentlichkeit mit unverhohlener Skepsis aufgenommen wurde und Walter Górlitz sich in der "Welt" zu der Prophezeiung aufschwingt, daß die "elende Politik" auch diesmal unsere von allen kulturpolitischen Gremien, Institutionen und Ämtern respektierte höchste pädagogische Autorität dazu verurteilen wird, Rufer in der Wüste zu bleiben. Wir meinen, daß diese pessimistische Sicht allzusehr an der Oberfläche des Geschehens bleibt und glauben, daß sich auch dieses Votum wie die meisten vorangegangenen Veröffentlichungen des Deutschen Ausschusses zwar nicht unmittelbar in entsprechende politische Entscheidungen niederschlagen aber künftig doch mit der stillen Gewalt der Vernunft beeinflussen wird. Wie alle Vergleiche hinkt auch der unseres weisen Alt-Bundespräsidenten:

Einsichten der Vernunft lassen sich nicht auf ein Abstellgleis rangieren. Einmal ausgesprochen, schaffen sie Unruhe und "stören" - am meisten diejenigen, die krampfhaft an ihnen vorbeizusehen versuchen.

* * *

Die längst überfällige Neuordnung unseres Erziehungs- und Bildungswesens ist im wesentlichen eine Sache kulturpolitischer Entscheidungen in den Bundesländern. Im Gegensatz zur CDU, die die Reformvorschläge des Deutschen Ausschusses bereits auf ihrem Gelsenkirchener Kulturkongreß 1961 offiziell zurückwies und seine Wirksamkeit seither inoffiziell zu untergraben trachtet, hat die SPD seine Vorschläge stets sehr aufmerksam aufgenommen und seine politische Unabhängigkeit respektiert. Wo die Kultur- und Schulpolitik von Sozialdemokraten verantwortet wird, sind schon viele seiner Empfehlungen verwirklicht. Auch die Stellungnahme zur religiösen Erziehung wird von ihnen mit der ihr gebührenden Aufmerksamkeit studiert werden.

Diese Stellungnahme verschweigt nicht, daß sich die Mitglieder des Deutschen Ausschusses nicht in allen Punkten auf eine gemeinsame Empfehlung einigen konnten. Das kann von einem Votum, an dem von Jesuitenpater bis zum Dissidenten alle religiösen und weltanschaulichen Richtungen beteiligt sind und das insofern unsere pluralistische Gesellschaft wie in einem Brennglas zusammenfaßt, wohl auch nicht erwartet werden.

Umso schwerer wiegen dafür diejenigen Auffassungen, die allen seinen Mitgliedern gemeinsam sind. Übereinstimmung fand der Deutsche Ausschuss darin, daß die Schule die zweifache Aufgabe hat, den Kindern und Heranwachsenden sowohl die religiöse Unterweisung in ihrem Bekenntnis als auch die menschliche und geistige Begegnung mit dem Andersgläubigen zu vermitteln. Über die Frage, w e l c h e Ordnung des Schulwesens diese beiden Aufgaben miteinander zu lösen vermag, war eine Einigung n i c h t zu erzielen.

* * *

Dafür ist das zweite Votum des Deutschen Ausschusses umso bedeutender. Wie der Staat das Schulwesen auch immer gesetzlich regelt,

- * "in allen Fällen wird er darüber zu wachen haben,
- * daß es nicht zur Einrichtung von Schulen kommt,
- * die ihren heute wachsenden pädagogischen Aufgaben
- * nicht genügen können. Eine Zersplitterung des
- * Schulwesens in nicht mehr leistungsfähige Schulen
- * kann pädagogisch nicht verantwortet werden."

Es ist zu hoffen, daß diese unmißverständliche Forderung in den künftigen schulpolitischen Auseinandersetzungen Beachtung findet. Sie formuliert eine unabdingbare Voraussetzung, unter die die Verständigung über Art und Ausmaß jener Rücksichten möglich wird, die die Ordnung unseres Schulwesens sowohl den berechtigten Wünschen der Eltern und Religionsgemeinschaften wie auch dem Wohle des Ganzen schuldet. Dieser Standpunkt wurde von sozialdemokratischen Schulpolitikern seit jeher vertreten.

Vielleicht trägt dieses Wort des Deutschen Ausschusses dazu bei, diejenigen ihrer Gegner nachdenklich zu stimmen, die das Aufbegehren gegen die Zersplitterung unseres Schulwesens in leistungsschwache Zwergschulen bisher allzu gern des ideologischen Antikonfessionalismus verdächtigten.

+ + +